

## Was wir wollen - Analyse und Konzept

Die Wirtschaftsordnungen in ganz Europa sind in eine monetäre Dauerkrise geraten. Menschen fühlen sich im Zustand der Mittellosigkeit machtlos und in ihren Menschenrechten verletzt. Europa ist ein Feigenblatt für die Internationalisierung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ohne greifbare Lösungen geworden. Die Zukunftsfähigkeit der westlichen Industriegesellschaften steht auf dem Spiel. Europa zerfällt in zahlreiche Parallelgesellschaften, der Privilegierten, der Unterprivilegierten und zuletzt Chancenlosen. Letzte haben sich unter Preisgabe ihrer Heimatverbundenheit zu einer Völkerwanderung durch Europa aufgemacht und erfahren, dass sie unerwünscht sind.

Im Alltag zeigt sich eine zunehmende Verarmung der Bürgerinnen und Bürger . Junge Menschen, am Beginn ihres Lebens, verdienen in prekären Arbeitsverhältnissen nicht mehr das, was sie zum Weiterleben benötigen. Noch im ersten Arbeitsmarkt Beschäftigte, die schon von der Hand in den Mund leben, müssen ihre Arbeitskraft häufig auf dem Verschiebebahnhof der Leiharbeit wie eine Handelsware vermarkten. Sie wissen nicht mehr genau, wer ihr eigentlicher Arbeitgeber ist, dem sie sich verantwortlich fühlen und wie lange die Wohltat der Beschäftigung dauert. Langzeitarbeitslose, häufig mit mehreren Berufsabschlüssen, haben auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen mehr und werden in die Früh- oder Sozialrente abgeschoben. Existenzangst und die Angst vor dem Älter-Werden ist zum Dauertrauma vieler geworden – völlig unverständlich bei dem gehorteten Überfluss in den Händen einiger Weniger und den Salären der Volksvertreter und Verantwortungsträger.

Die Arbeitsmarktpolitik dieser und der vergangenen Regierungen erweist sich als „neoliberales Schleuderbrett“, das mit zunehmender rotierender Geschwindigkeit immer mehr Bürger aus dem Leben wirft. Die Arbeitslosenstatistik der Bundesjobagentur weiß hier zur Verschleierung des Problems nur feinsinnig zwischen den Nicht-Beschäftigten und den Unterbeschäftigten zu unterscheiden.

Der Kapitalismus spaltet die Gesellschaft. Der eingerichtete Staat vertieft dessen Wirkungen indem er die größten Profiteure schützt und dem einfachen Bürger die Luft zum Atmen nimmt. Er ist damit ebenfalls zum Feind vieler Menschen geworden. In der Demokratie lassen sich die über den Lobbyismus vielfach korrumpierten Entscheidungsprozesse nicht mehr beeinflussen. Sie ist damit ein Torso mit bestenfalls gesellschaftlichem Unterhaltungswert. Die Politikverantwortlichen stehen sich mit dem Argument des „Europa wird es regeln“ oder „wir haben die Bessere der beiden schlechten Alternativen gewählt“ aus der Verantwortung. Diese Argumente sind genausowenig hilfreich, wie der Hinweis auf die „heilenden Kräfte des Marktes“, der in der Krise äußerst beschädigend gewirkt hat.

Das Recht ist dieser Entwicklung ohne Not gefolgt und hat das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit unter das Diktat solcher Gesetze gestellt, die erreichen wollen, dass die Profitinteressen bestimmter Kreise auf Kosten anderer

gefördert werden. Auch duldet es die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Gescheiterten, Armen und Hilfebedürftigen in einem menschenunwürdigen Bettelsystem (Hartz IV), das dem Gerade-Mal-Überleben dient, aber kaum wirkliche Chancen für einen Neubeginn eröffnet, geschweige denn ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. In den Städten werden unter Missachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes Falschparker, Hundebesitzer ohne Hundemarke und Armutsdelinquenten wie Schwerverbrecher gejagt und kriminalisiert, denn die Kommunen sind neben den Steuereinnahmen auch auf die Früchte dieses Sanktionssystems angewiesen.

Unser Anliegen ist es, die Vernachlässigung, Benachteiligung und Stigmatisierung einfacher Bürger in ihrer Alltagsnot ein System entgegenzustellen, das Appelle der Vernunft und Mäßigung an die verantwortlichen Entscheidungsträger richtet, und zur Schärfung des gesellschaftlichen Gewissens und der Solidarität aufruft.

**Es soll nicht die Ordnung über den Menschen gestellt, sondern der Mensch über die Ordnung, denn dieser ist die Ordnung, die das Leben vorgibt !**

Die Appelle gelten nicht nur den administrativen Entscheidungsträgern sondern auch den Sachbearbeitern in den Unternehmen, den Geldgebern, den Arbeitgebern, den Grundbesitzern und den Wohnungsgebern, von denen Bürgerinnen und Bürger abhändig sind.

Wenn dabei im Einzelfall ein Dialog in Gang gesetzt wird, der zur Entschärfung des Problems und zur Einigung im konkreten Einzelfall führt, so ist das nicht nur unsere Kritik sondern auch unser Lob wert.

Wenn darauf aufbauend gar ein Umdenken in der Gesellschaft und der Politik einsetzen sollte, das den Profitinteressen bestimmter Gruppen deutlichere Schranken vor den existenziellen Grundbedürfnissen des Bürgers setzt, dann könnten sich auf dieser Grundlage auch unsere politischen Zielvorstellungen realisieren.

Wenn sogar der gesellschaftliche Konsens das Klima der Verständigung über das Prinzip der Konfrontation und Sanktion setzt, könnte nachhaltiger gesellschaftlicher Frieden einkehren – beste Voraussetzungen gegen die zunehmende Radikalisierung und für die Entwicklung einer humanen Gesellschaft.

Ab jetzt haben Bürgerinnen und Bürger eine deutlich wahrnehmbare Stimme in Deutschland und zwar bundesweit in der

## **Bürger Lobby**

einem Projekt des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Humanwirtschaftspartei Deutschlands.

Hartwig Meyer